

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 5

Artikel: Der Wohlfahrtsstaat von morgen : für eine neue Kultur der Politik
Autor: Matzner, Egon
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339867>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Wohlfahrtsstaat von morgen

Für eine neue Kultur der Politik

Arbeitslosigkeit und Inflation, Finanzkrise und steigende Staatsverschuldung sind die Stichworte, die die Krise des heutigen Wohlfahrtsstaates kennzeichnen. Zu ihrer Bewältigung schlägt Egon Matzner in seinem demnächst erscheinenden Buch ein neues, den heutigen Problemen entsprechendes Muster staatlicher Intervention vor, das von einer neu entwickelten Funktionsanalyse des Staates ausgeht. Wir veröffentlichen leicht gekürzt das Schlusskapitel des Buches, das den Titel «Ausblick» trägt. Egon Matzner ist Professor für Finanzwissenschaften an der Technischen Universität Wien.

Seit dem Ende der Periode der generellen Expansion, das durch den «Erdölschock» des Jahres 1973/74 signalisiert wird, findet in den entwickelten Industrieländern Europas und Nordamerikas eine Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle des Staates statt. Ausgetragen wird dieser Konflikt auf zumindest drei Kampffeldern.

In der Arena der theoretischen Auseinandersetzung, in der es um den «Kampf um die Köpfe» geht, messen sich in erster Linie die Vertreter einer wirtschaftlichen Doktrin, die sich um die Leitfiguren F. A. v. Hayek, M. Friedman und die «New Libertarians» der Gruppe um J. M. Keynes' bildet, wenngleich diese sich durch die Doktrin des Keynesianismus weit von zentralen Aussagen Keynes' entfernt hat. Peripher nimmt an der Auseinandersetzung noch eine heterogene Gruppe von Autoren teil, die ein gänzlich alternatives oder zumindest ein modifiziertes Entwicklungsmuster und eine dementsprechende Rolle des Staates befürworten. Beispieldhaft und unter Verzicht auf eine Systematisierung können zu jener Gruppe gezählt werden: E. F. Schumacher (Die Rückkehr zum

menschlichen Mass, 1977) und, vor diesem, Leopold Kohr (The Breakdown of Nations, 1956). Ferner eine Reihe von Kritikern von bürokratischen Institutionen und ambivalenten Technologien der Industriegesellschaften, wie H. Marcuse, L. Mumford, E. Fromm, I. Illich oder die Gruppe um H. C. Binswanger, W. Geissberger und T. Ginsberg (Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfall, 1978). Zu jenen Autoren, die eine vermittelnde Position einnehmen, die die Möglichkeiten der industriellen und wohlfahrtsstaatlichen Zivilisation nicht aufgeben, aber ihre Gefahren nicht leugnen, sondern bewältigen wollen, können wiederum beispielhaft R. Dahren-dorf (Die Neue Freiheit, 1975, 1979), E. Eppler (Ende oder Wende?, 1975, Wege aus der Gefahr, 1981) oder J. Strasser und K. Traube (Die Zukunft des Fortschritts, 1982) gezählt werden. Die geistigen Wurzeln dieser heterogenen Gruppe von Vertretern alternativer oder vermittelnder Positionen reichen zum Teil weit zurück. Sie umfassen christliches Gedankengut, das in den Sozialenzykliken der katholischen Kirche zum Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip zusammengefasst wurde (vgl. die von der Katholi-

schen Sozialakademie Österreichs herausgegebene Schrift Der Weg aus der Krise, 1977), ebenso wie Spuren der Zivilisationskritik der Romantik oder des sozialistischen Anarchismus eines P. Proudhon (vgl. dessen unbeantwortet gebliebenen Brief an Marx aus dem Jahre 1846, abgedruckt in G. Woodcock, The Anarchist Reader, 1975). Schliesslich bildet eine wichtige Grundlage dieser Position die auf Karl Marx zurückgehende Entfremdungstheorie (vgl. A. Schaff, «Die Marxsche Entfremdungstheorie und die Soziotechnik», 1975) und deren Kritik und Weiterentwicklung durch das Konzept des Radikalmonopols abhängig machender Werkzeuge, Professionen und Institutionen bei I. Illich (1978) und A. Groz (Ökologie und Politik, 1978), die, ebenso wie R. Bahro (Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, 1977), Entfremdung nicht mehr als auf bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften beschränktes Phänomen begreifen, sondern sie mit der Funktionsweise und Grösse von Institutionen und Technologien verbunden sehen, die unabhängig von Gesellschaftssystemen auftreten.

In der Arena der traditionellen politischen Auseinandersetzung, also beim Kampf um Einfluss in Parlamenten und Regierungen, stehen sich heute noch vor allem die Vertreter konservativer Orientierungen und die Verfechter eines forcierten Staatsinterventionismus, die die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen ausbauen, zumindest aber verteidigen wollen, gegenüber. Antietatistische Program-

me können sich auf die wieder wachsenden Einfluss gewinnende wirtschaftsliberalistische Fundamentaldoktrin berufen. Die interventionistische Richtung des Sozialatismus begnügt sich, soweit sie überhaupt zur intellektuellen Initiative greift, auf die traditionelle Begründung des Staatsinterventionismus durch die endogene Krisenfähigkeit dezentralmarktwirtschaftlicher Systeme durch Keynes und die Keynesianer zu verweisen.

Ausserhalb der traditionellen Politik finden Konflikte in zunehmendem Masse in der Arena des Alltagslebens statt. Sie werden von den Basisinitiativen, die die Alternativbewegung ausmachen, getragen. Die Alternativbewegung wird durch die Autoren, die für einen gänzlich alternativen Weg eintreten, gestützt und durch jene, die für ein modifiziertes Entwicklungsmuster eintreten, teilweise gefördert. In der Alternativbewegung ist die Auffassung verbreitet, dass Politik nicht mehr in den Parteien, Interessenvertretungen und staatlichen Institutionen stattfindet, da diese zu Vollzugsorganen von wirtschaftlichen und technischen Sachzwängen geworden sind. Deshalb bedarf es einer Politik, die an jenen Problemen ansetzt, die die Menschen in der Sphäre des Alltags bedrücken und die durch die alten zentralistisch organisierten Parteien und gesellschaftlichen Institutionen nicht erfasst werden können. Den autonomen Initiativen kommt somit bei der Veränderung der Gesellschaft heute eine Rolle zu wie bei der Entwicklung des Industriekapitalismus dem Typus der Schumpeterschen Pionierunternehmer. Schliesslich entsteht zur Zeit noch am Rande der traditionellen politischen Parteien eine neoreformatische Tendenz, die ohne Aufgabe der grundlegenden Funktion des Staates ein

neues Muster staatlichen Handelns anstrebt. Sie versucht, jene Mängel zu berücksichtigen, die auch von der antietatistisch-anarchistischen Kritik hervorgehoben werden. Als Vertreter dieser Richtung mit ihren Bestrebungen im Spektrum liberalen, sozialdemokratischen und konservativen Denkens können beispielhaft R. Dahrendorf (1975, 1979) E. Eppler (1975, 1981), J. Strasser (Grenzen des Wohlfahrtsstaates?, 1979) und P. Herder-Dorneich («Substitution und Kombination von Ordnungen», 1980) genannt werden.

Im folgenden werden nun die Chancen dieser vier Orientierungen untersucht. Zuvor soll allerdings jenes Problem beleuchtet werden, an dem sich die theoretische und politische Auseinandersetzung um die Rolle des Staates in der Wirtschaft häufig entzündet, nämlich die Finanzkrise des Staates.

Zurück zu mehr «Markt» und mehr «Laissez-faire»?

Sei es, weil wichtige Teile der Bevölkerung nicht mehr bereit sind, die steuerlichen Belastungen zu tragen, sei es, weil das Anwachsen der Staatsschuld von der politischen Elite und vom Bankensektor als drohende Gefahr eines Staatsbankrotts aufgefasst wird, bildet die Finanzkrise des Staates ein Phänomen, das in zunehmendem Mass Entscheidungen beeinflusst, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Verschuldungsfrage unter Ausnutzung von kurzsinnigen Bezügen zum individuellen Haushalt für die Mobilisierung politisch wirksamer Emotionen nutzen lässt. Bei volkswirtschaftlicher Betrachtung ist jedoch die Finanzierungsgrenze so lange relativ, so lange es ökonomisches Wachstum gibt. Ferner hat sich gezeigt, dass weder eine Intensivierung der staatlichen Inter-

ventionen zur Sicherung des Wachstums und Beschäftigung noch deren Einschränkung nach dem Ende der Periode der generellen Expansion das Wachstum die Staatsverschuldung wesentlich verringert haben. Deshalb sind die Reaktionen auf die Finanzkrise des Staates bei Rückgang des Wachstumstempos und der Beschäftigung in erster Linie Ausdruck von politischen Grenzen, die die herkömmlichen Interventionsformen der Beschäftigungssicherung in Frage stellen.

Ordnungspolitische Konterrevolution

Das von der antietatistischen Doktrin genährte Programm besteht im wesentlichen in der Zurückdrängung des Staatseinflusses in allen Formen und auf allen Stufen und Ebenen der Intervention. Theoretisch wird dies mit der zwar nach der Funktionslogik des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs unhaltbaren, aber sich realpolitisch als sehr wirksam erweisenden «Überforderung» der Wirtschaft durch den Staat und die Thesen vom Staat, der die Selbstregulierung des Marktes stört, begründet. Entsprechend der wirtschaftsliberalistischen Doktrin geht es deshalb um die Verringerung staatlicher Verhaltenssteuerung, staatlicher Subventionen an die Wirtschaft, von Einkommenstransfers an die privaten Haushalte und um Reprivatisierung staatlich organisierter Güter- und Leistungssangebote durch Übertragung an den «Markt». Die Effizienz einer solchen ordnungspolitischen Konterrevolution wird durch die Fülle theoretischer Abhandlungen über «Staatsversagen» oder über unangemessene politische Schlussfolgerungen durch Mystifizierung des «Marktversagens» bei öffentlichen Gütern gerechtfertigt. Dazu kommen zahlreiche empiri-

sche Arbeiten, die aus dem Vergleich staatlicher mit marktwirtschaftlicher Erfüllung bestimmter Aufgaben (wie der Müllbeseitigung, oder des Betriebes von Bühnen) nachweisen, dass mit staatlicher Organisation Kostennachteile verbunden sind. Sowohl die theoretischen als auch die empirischen Beiträge verdienen ernstgenommen zu werden. Aus ihnen ergeben sich zahlreiche Hinweise, die bei einer Reorganisation staatlicher Aufgaben-erfüllung fruchtbar sein können. A priori ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass solche Analysen in bestimmten Fällen tatsächlich die Rückführung von staatlichen Aufgaben an den «Markt» als zweckmässig erweisen können. *Dennoch ist zu erwarten, dass eine radikale Verringerung des Spektrums staatlicher Interventionen bei den wichtigsten Staatsaufgaben mit den Stabilitätsbedingungen der gesellschaftlichen Basisinstitutionen in Konflikt gerät.* Soweit die staatlichen Interventionen der Sicherung der Reproduktion der gesellschaftlichen Basisinstitutionen dienen, kann eine radikale Reduktion längerfristig nicht ohne bestandsgefährdende Auswirkungen auf Wertschöpfung und Wertschätzung bleiben. Das gilt insbesondere für die zentrale Aufgabe des Staates in dezentral-marktwirtschaftlichen Systemen, wie sie in der Produktion von Sicherheit zum Ausdruck kommt. Die Faktoren, die die Wirtschaftsschwankungen mit Massenarbeitslosigkeit oder die Verschlechterung der Chancen individueller Reproduktion hervorrufen, sind heute jedoch ebenso wirksam wie in der Periode, in der die Staatsaufgaben Sozialpolitik, Konjunktur- und Wachstums-politik entstanden sind. Eben-sowenig spricht dafür, dass der staatliche Regelungsbedarf bei zunehmender Technisierung,

Chemisierung und Urbanisierung, der in der Aufgabe Umweltpolitik zum Ausdruck kommt, durch den «Markt» substituierbar ist. Deshalb wird die Perspektive der Wirksamkeit des wirtschaftsliberalistisch inspirierten Programmes auf eine kurze, wenngleich für die Betroffenen leidvolle, Episode beschränkt bleiben.

Kann die Alternativbewegung eine akzeptable Gegenwelt herbeiführen?

Die Zielrichtung der Alternativbewegung ist im Kern nicht auf die Eroberung des Staates und eine von ihr organisierte staatliche Aufgabenerfüllung gerichtet. *Ihre Absicht ist primär die autonome dezentrale Organisation von Produktion und Alltagsbewältigung durch kleine, überschaubare Einheiten mit menschlicher Nähe, die mehr Möglichkeiten für Emotionalität und Spontaneität bietet.* Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Alternativbewegung in der Produktion gegenüber ihrer marktwirtschaftlich organisierten Konkurrenz, wenn sie den «autonomen» Produzenten nicht ein durchaus nicht «alternatives» Mass an Disziplin und Selbstausbeutung abverlangt, wirtschaftlich chancenlos ist. Ähnlich kann es ihr nicht gelingen, das Koordinationsproblem zu lösen oder jene Sicherheit einer kontinuierlichen Versorgung zu gewährleisten, die mit staatlichen Institutionen verbunden ist. Deshalb eignet sie sich vor allem als Ergänzung zu marktwirtschaftlicher Produktion und staatlicher Aufgabenstellung, insbesondere dort, wo deren Organisationsprinzipien versagen. Damit verbunden sind aber die Möglichkeiten zu einer nicht nur besseren Befriedigung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern auch die Chance zu einem Beitrag zur Staatsentlastung.

Fortsetzung des herkömmlichen Interventionsmusters des Staates?

Während die Verwirklichung des wirtschaftsliberalistischen Programms unter den Bedingungen hochentwickelter Industriegesellschaften eine Preisgabe der Ziele und Methoden des Staatsinterventionismus beabsichtigt, in der trügerischen Auffassung, diese durch das Organisationsprinzip des «Marktes» ersetzen zu können, beharrt die wirtschafts- und sozialstatistische Orientierung auf der Beibehaltung ihrer alten Ziele und Methoden. Es gilt lediglich, die politische Auseinandersetzung gegen den Wirtschaftsliberalismus der Konservativen zu gewinnen und das alte Programm mit neuer Kraft zu verfolgen. Zweifellos könnte noch auf kürzere Frist durch die Fortsetzung des traditionellen Interventionsmusters, insbesondere wenn es dadurch gelänge, die Erwartungen der Investoren zu verbessern, eine höhere Auslastung von Arbeitsmarkt und Erzeugungskapazität erreicht und die Finanzkrise des Staates gemildert werden. Längerfristig ist dies jedoch nicht zu erwarten. In einer Zeit, in der partielle Grenzen des Wachstums wirksam sind, lassen sich die Probleme nicht allein durch die Fortsetzung und Intensivierung des alten Interventionsmusters bewältigen, auch wenn diesem in der zu Ende gegangenen Periode der generellen Expansion ein grosser Fortschritt beschieden war. Denn «Fortschritte schaffen ihre eigenen Probleme, die nicht durch die alten Methoden gelöst werden können» (R. Dahrendorf). In der Tat lässt sich die Vermutung belegen, dass sich mit der Fortsetzung des alten Interventionsmusters alte Probleme nicht mehr zufriedenstellend bewältigen lassen, ja dass

sogar neue Probleme hinzukommen.

Reorganisation staatlicher Aufgabenerfüllung als Ausweg

Wenn weder die Rückkehr zu mehr «Markt» und mehr «Laissez-faire» noch die Gegenwelt der Alternativbewegung oder die Fortsetzung des herkömmlichen Interventionsmusters eine ausreichende Sicherheit individueller und gesellschaftlicher Reproduktion gewährleisten, ist die Suche nach einem Ausweg vordringlich. Die Entwicklung eines neuen Musters staatlicher Interventionen, das im Kern auf eine Reorganisation staatlicher Aufgabenerfüllung durch Reform staatsinterner und staatsexterner Entscheidungsverhältnisse hinausläuft, wird als solcher Ausweg angeboten. Es versteht sich als eine neoreformistische Position, die für eine «Logik und Systematik von Reformschritten» (H. Ostleitner 1981) in Anspruch nehmen kann, die zu konkreten reformistischen Handlungsprogrammen führen. Diese Reformperspektive gibt die alten Ziele des Wohlfahrtsstaates, nämlich die Produktion materieller Sicherheit für alle Individuen der Gesellschaft, die Sicherung der Vollbeschäftigung, des freien Zugangs zu Schule und Gesundheitseinrichtungen, nicht preis. Denn sie fusst auf dem Urteil, dass dem Wohlfahrtsstaat auf der Grundlage der Marktwirtschaft sowohl wirtschaftlich als auch sozial ein gewaltiger Erfolg beschieden war. *Die vorgeschlagene Reformperspektive erkennt jedoch auch die neue Problemkonstellation, die durch partielle Grenzen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, ökologischer und politischer Natur geprägt ist, und bezieht sie auf zentrale Weise in ihre Konzeption ein.* Diese Reformperspektive ist Ausfluss der für diese Arbeit er-

kenntnisleitenden These Joseph A. Schumpeters (1918), wonach Krisen der Finanzen nicht bloss Finanzierungskrisen, sondern Krisen der vorherrschenden Form gesellschaftlicher Aufgabenerfüllung sind. Aus diesem Grunde geht es vor allem um eine Reform der Methoden. Dies trifft sich mit der von Gunnar Myrdal vor allem politisch inspirierten Vision, wonach, «wenn die Menschen souverän werden, sie ihren Wohlfahrtsstaat (nicht) als jene eher farblose, bürokratische, hochzentralisierte institutionelle Maschinerie, die von geschickten und mächtigen egoistischen Gruppen und Akteuren manipuliert wird, belassen wollen. Dazu aber ist er verurteilt sich zu entwickeln, wenn er nicht durch eine immer stärkere Partizipation der Bürger lebendig erhalten wird. (G. Myrdal 1958, S. 40.)»

Die nächste Phase des Wohlfahrtsstaates sollte deshalb die allmähliche Reduktion direkter staatlicher Interventionen beinhalten, die dadurch möglich wird, dass die Bürger aktiviert werden, ihre Interessen innerhalb genereller vom demokratischen Staat festgelegter Regeln selbst wahrzunehmen.

Die neoreformistische Position schlägt ein Muster staatlicher Interventionen vor, das durch ein Zusammenwirken der drei grundsätzlichen gesellschaftlichen Organisationsprinzipien gemäss ihren Vorzügen und Beschränkungen geprägt ist. Folgende Arbeitsteilung sollte angestrebt werden:

— Der Marktsektor produziert, wie bisher, den überwiegenden Teil der materiellen Güter und Leistungen mit «Privatgut»-Charakter.

— Der Staatssektor bleibt Organisator gesellschaftlicher Aufgabenerfüllung und Produzent des Basisbedarfs an Sicherheit in existenziellen Notlagen und unterstützt insbesondere

das Zustandekommen jener Leistungen, die bei individualisierten Entscheidungsverhältnissen Gefahr laufen, zu unterbleiben.

— Der autonome Sektor erbringt jene fundamentalen Leistungen im Bereich flexibler, differenzierter und menschennaher Bedürfnisse, die weder der Markt- noch der Staatssektor zu befriedigen imstande ist. Dieses Entwicklungsmuster trifft sich mit jenen dualen Vorstellungen, die, von Marx ausgehend, für einen Bereich der Notwendigkeit und Fremdbestimmtheit, dem der Markt- und der Staatssektor zuzuordnen ist, und einem Bereich der Autonomie plädieren (vgl. A. Gorz, Abschied vom Proletariat, 1980, und schon früher G. Adler-Karlsson, Tankar om den fulla sysselsättningen, 1977). Es ist unmöglich, in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft den Bereich der Notwendigkeit und Fremdbestimmtheit völlig aufzuheben. Aber es ist — selbst nach Gorz — unmöglich, den Raum der Autonomie und Selbstbestimmung zu Lasten des Staats- und Marktsektors auszuweiten. Ein solcher Prozess ist jedoch nicht spontan zu erwarten. Vielmehr ist es notwendig, bei den ständigen Veränderungen des Sachsystems, bei der Beeinflussung der technologischen Entwicklung, bei der Veränderung der zeitlichen und räumlichen Organisation der Gesellschaft, sei es durch Arbeitszeitmassnahmen, durch Öffnungszeiten, durch Massnahmen der Verkehrsplanung und Verkehrsorganisation die gesellschaftliche Funktionalität, die in der Möglichkeit zur individuellen und kooperativen Alltagsbewältigung zum Ausdruck kommt, zentral zu berücksichtigen.

Dies setzt auch eine geänderte Planungsphilosophie im politisch-administrativen System voraus, die nicht ausschliesslich

am tatsächlichen Verhalten ansetzt, sondern sich vermehrt an noch nicht möglichem, aber durch Planung ermöglichtbarem Verhalten orientiert.

Veränderung der Werthaltungen

Die Turbulenzen, zu denen es seit dem Ende der Periode der generellen Expansion kommt, beginnen sich auch in einer Veränderung der Weltsicht und Werthaltungen niederzuschlagen. *Dazu gehört eine tiefreichende Umwertung dessen, was bisher allgemein als Fortschritt gelten konnte.* Dieser Prozess macht auch vor dem Wohlfahrtsstaat nicht halt, den R. Dahrendorf mit gutem Grund «als das Äusserste an Fortschritt hält, das in der Geschichte erreicht wurde». Jene Auffassung, die Fortschritt auf eine quantitative Dimension beschränkt und deshalb Gütern misst, die mit Hilfe von Wissenschaft und Technik durch Markt und Staat bereitgestellt werden, hat in den hochentwickelten Industrieländern in den siebziger Jahren viel an Boden verloren. Diese Entwicklung wird bisweilen als Ausdruck eines Kulturpessimismus bezeichnet. Eine solche Deutung ist jedoch lediglich die Kehrseite des eindimensionalen Fortschrittsbegriffs, diesmal in die Form des Bedauerns gekleidet. Der Geltungsschwund der herkömmlichen Auffassung kann jedoch auch als Hinweis gelten, dass die Verkürzung des Begriffs um seine soziale und emanzipatorische Dimension aufgegeben werden muss. Wenn die Beobachtungen, die der vorgeschlagenen Reformorientierung zugrunde liegen, zutreffen, dann ist eine solche Rekonstruktion des Fortschrittsbegriffs auch materiell geboten. Denn ein weiteres Fortschreiten auf dem Wege der generellen Expansion der

über den Markt und den Staat angebotenen Güter und Leistungen wäre nicht mehr allgemein mit mehr Lebenschancen, sondern in zunehmendem Massse mit mehr Gefährdung verbunden.

Es scheint fruchtbar, dem Vorschlag R. Dahrendorfs zu folgen, einen erweiterten Fortschrittsbegriff mit der Vorstellung von Lebenschancen zu verknüpfen, die durch Optionen und Bindungen («Ligaturen») bestimmt sind. Denn ohne Optionen gibt es keine Freiheit, und ohne Bindungen ist Freiheit sinnlos. Dank der generellen Expansion kann vor allem in der industrialisierten Welt die demokratische Gesellschaft mehr Menschen mehr Optionen bieten als jede andere Gesellschaft, «aber um die Bindungen und Bezüge ist es in ihr weniger gut bestellt» (R. Dahrendorf, «Kulturpessimismus versus Fortschrittshoffnung», 1979b, S. 222).

Die vorgeschlagene Orientierung der differenzierten Entwicklung nimmt ihren Ausgang von Problemen, die die materiellen und ideellen Existenzgrundlagen einer zunehmenden Zahl von Menschen gefährden können. Sie ist mit Bindungen in Form partieller Grenzen der Expansion verbunden, die von den Individuen deshalb eine Chance haben, als politische Pflichten akzeptiert zu werden, weil sie, wie es von C. B. Mac Pherson formuliert wurde, «der aller überragenden Forderung (entsprechen), dass ...menschliche Gesellschaft, das Zusammenleben oder Dasein der Menschen... vor allen Dingen verteidigt werden muss. (C. B. Mac Pherson 1973, S. 358.)»

Dazu kommt, dass sie der Entwicklung des autonomen Sektors einen breiten Raum geben will. Es geht dabei darum, die Möglichkeiten für autonomes kooperatives Verhalten, also je-

ner Qualität «schöpferischen Altruismus», die nach R. A. Titmuss (The Gift relationship, 1970) für gesellschaftliche Integration lebenswichtig ist und ohne die Zwangsmassnahmen des Staates notwendig werden, auszubauen.

Es darf nicht übersehen werden, dass heute ein Dialog zwischen den Vertretern des alten etatistischen Reformweges und jenen, die sich in der Alternativbewegung für die Entfaltung des autonomen Sektors engagieren, noch nicht stattfindet. Dennoch gibt es, trotz der tiefen Kluft, die heute noch besteht, Anlass zu Optimismus. Denn eine Verständigung ist möglich, wenn

1. die Vertreter des alten Weges erkennen, dass ihn unverändert fortzusetzen oder ihn zu intensivieren, in zunehmenden Massen Unsicherheit erzeugen wird;
2. die Vertreter der neuen Möglichkeiten erkennen, dass die Produktion materieller Sicherheit durch die staatlichen Institutionen, wenn auch in gewandelter Form, nach wie vor ein unverzichtbares Bedürfnis ist; und
3. beide erkennen, dass ohne die gegenseitige Ergänzung der beiden Wege ein weiterer Fortschritt in der Gesellschaft nur mehr in engen Grenzen möglich ist.

Die hier als neuer Basiskonsens vorgeschlagene Orientierung läuft auf ein Plädoyer für eine «neue Kultur der Politik» hin aus, um dem programmatischen Titel des Buches von P. Rosanvallon und P. Vivieret (1977) zu folgen. Sie entspricht einem fundamentalen Wandel in der Auffassung von Politik. Während traditionelle Politik aus dem Kampf um die Regierungsgewalt und aus Forderungen an den Staat besteht, die sich zwischen «links» und «rechts» nur in Zusammensetzung und Höhe unterscheiden, ist Politik im neuverstandenen

Sinne eine Auseinandersetzung über das Ensemble der Probleme der Gesellschaft. Dabei geht es vor allem darum, dem autonomen, schon seit langer Zeit durch Markt und Staat eingeschränkten Bereich der zivilen Gesellschaft eine neue Möglichkeit zur Entfaltung zu geben. Während eine Politik, die vornehmlich den Staat als Werkzeug zur Lösung gesellschaftlicher Probleme auffasst, wegen des Grundsatzes der Rechtsgleichheit und der Formalisierungsbedürftigkeit staatlichen Handelns der Tendenz nach zu Gleichheit im Sinne von Zentralismus und Uniformität führt, ist die «neue Kultur der Politik» auf Gleichheit im Sinne von Voraussetzung für Autonomie und deshalb Differenzierung gerichtet. *Den traditionellen politischen Parteien käme bei diesem Wandel als Vermittlern und Initiatoren neuer Beziehungen zwischen der staatlichen Verwaltung, der Regierung und den Bedürfnissen der autonomen Gruppen in der Bevölkerung eine neue Rolle zu, die gleichzeitig der «Verdrossenheit» gegenüber Demokratie und Staat, soweit sie die jüngere Generation betrifft, den Boden entziehen könnte.*

Denn damit ergibt sich auch für die gegenwärtigen Generationen eine faszinierende, schwierige und konfliktreiche Aufgabe.

«Mehr und mehr Menschen fühlen, dass die Menschheit in den nächsten dreissig oder vierzig Jahren zu einer neuen Art Zukunft vorstossen muss. Mislingt dies, so droht die Katastrophe: gelingt es, wird die Menschheit einen wichtigen Schritt nach oben auf der Leiter des evolutionären Fortschritts tun. Viele von uns sehen in diesem Durchbruch das zentrale Projekt, die historische Aufgabe für die zwei oder drei Generationen, die zur Zeit auf der Erde zu lebende Aufgabe, die

unserem Leben Sinn gibt. (J. Robertson, *The Sane Alternative*, 1978, S. 7.)»

Die Zukunft des Fortschritts? Optimismus darf zu Recht bestehen. Denn die Zukunft wird nicht vorausgesagt, sie wird letztlich auch heute, um mit Gramsci zu sprechen, von den Menschen in der Gesellschaft gemacht. Das gilt auch für den Wohlfahrtsstaat von morgen.

Egon Matzner: «Der Wohlfahrtsstaat von morgen». Entwurf eines zeitgemässen Musters staatlicher Interventionen. Mit Beiträgen von Helfried Bauer, Sverre Baumgartner, Wolfgang Blaas, Hans Glatz, Gerhard Rüscher, Günter Scheer, Wilfried Schönböck und Hans Wösendorfer. Österreichischer Bundesverlag, Wien, 1982, 412 Seiten.

Politische Begriffe (Folge 2)

Der Linksextremismus

Von Alois-Karl Hürlimann

Herr Peter Sager, Leiter des schweizerischen Ostinstitutes, in der «Berner Zeitung» vom 21. Juni 1980:

«Aber der Terrorismus wird noch lange zu den Gegebenheiten unserer Zeit zählen. Der Opernhauskrawall ist keine eratische Erscheinung, sondern zusammen mit den Ereignissen in Bremen, jenen anlässlich des niederländischen Thronwechsels und auch der Kundgebung an der Pariser Universität Jussieu zu würdigen. Dieses terroristische Aufflackern in Westeuropa steht mit der weltpolitischen Lage im Zusammenhang. Es liegt nahe, dass einige Moskauer Drahtzieher gutgläubige Mitläufer in Bewegung setzen, um Westeuropa zu schwächen und vor einer Solidarität mit den USA als Antwort auf Afghanistan zu warnen.»

Selbstverständlich. Denn die niederländische Thronwechselrei eignet sich ja vortrefflich dazu, vor aller Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, welche Sauordnung die sozialistischen Stadtväter von Amsterdam mit

ihrer Toleranz erzeugt haben: Die Drahtzieher bringen es fertig, 50'000 junge Menschen zu verführen und gegen ihre neue Königin loszuziehen. Herr Sager weiss, wovon er schreibt, denn er ist Fachmann für Fragen der Unterwanderung und der Fernsteuerung. Im Falle des niederländischen Thronwechsels kann es überhaupt keinen Zweifel geben, dass Moskau hinter den unerfreulichen Unruhen gesteckt hat, denn gerade in Amsterdam brauchen die Drahtzieher ja bloss mit ein paar Gramm Haschbollen zu winken, und die ansässige Mitläufersdivision lässt sich für jeden terroristischen Akt ködern. Man weiss ja, wohin das führt! Auch Herr Gilgen in Zürich weiss, wohin es führt, wenn man nicht rechtzeitig für Ordnung schaut, wo man das noch kann: in der Schule. Denn die 68er halten alle möglichen Positionen besetzt, vor allem aber die Schulen und die Massenmedien. Und sie haben sich auch in der Sozialdemokratischen Partei eingenistet. Der verdiente langjährige Sozialdemokrat und ehemalige baselstädtische